

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes örtlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 45.

Der "Holzarbeiter" erscheint jenes zweck und reicht "zu den Mitgliedern gratis" ausgestellt. — Für Rücksichtnahme ist der "Holzarbeiter" nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mark pro Quartal zu bezahlen. — Rücksichtnahme nur gegen Voranschlag. — Versendungen nur: Postfachnummer 7718 Köln.

Edt. den 8. November 1918.

Intelligenzpreis für die hiergelegte Zeitung 26 Mark. Stellengebühre und -Angebote, welche Anzeigen zur Zahlstellen haben die halbe Redaktion und Expeditur bestreiten solln. Verantwortlich a. Zeitung 8. 1918. — Redaktionssitz ist Samstag Mittag.

19. Jahrz.

Symptome der Weltrevolution.

Die Weltrevolution ist im Gange. Die alte hochkapitalistische Wirtschaft, in der die tieferen Kriegsursachen begründet liegen, hat durch den Krieg den Todesstof bekommen. Die hochkapitalistische Entwicklung aller Kapitalvölkere mit ihrem rücksichtslosen und ungeheuren Konkurrenzkampf häuse den Zündstoff im Pulversatz. Der Funke in diesem Pulversatz wurde allerdings, das steht nun ja geschichtlich und urkundlich fest, nicht von Deutschland, sondern von seinen Feinden hinzugeschleudert. Aber die tieferen Ursachen des Krieges liegen in unserer ziellosen mammonistischen Wirtschaftswweise ebenso, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfang wie in der der feindlichen Staaten.

Werden wir uns klar darüber: der Weltkrieg ist die Weltrevolution. Wir stehen mitten darin. In Russland fegte die Revolution das alte zaristische Regiment hinweg und mit ihm zugleich die alten Wirtschaftsformen. Der Kommunismus sozialistischer Prägung herrsch. Selbst nach seinem Ende, das sich heute noch nicht zeitlich prophezeien lässt, wird in Russland nicht mehr die alte Wirtschaftswweise erscheinen. In Deutschland durchziehen wir zur Zeit in der Entwicklung Jahrzehnte in wenigen Tagen. Die alte Regierungssowm stützte zusammen. Eine unblutige politische Revolution brachte das parlamentarische System. Gleich, ob man es liebt oder haßt, es ist da und wird nicht mehr verschwinden.

Der politischen Revolution wird auch bei uns die wirtschaftliche Revolution folgen, hoffentlich ebenso unblutig wie die erstgenannte. Deutschland darf das erste Land sein, in dem die Demokratie der Staatsgewalt keinen hochkapitalistischen Charakter wie etwa in England, Amerika oder Frankreich bekommen wird. Der Sozialismus ist bei uns schon zu stark. Seine Tendenzen, wenn auch nicht in der marxistischen Fassung, finden wir in der sozialsozialdemokratischen Arbeiter- und Angestellten-, bzw. Beamtenbewegung ebenso, wie bei den Genossenschaften, den Bodenreformen, den Anhängern von Rathenau.

Deutschland, gezwungen durch seine ungeheuren Kriegslasten und seine vorgeschrittenen sozialistischen Ideenwelt, wird in schnellstem Tempo zur weitgehenden Sozialisierung unserer Wirtschaft übergehen. Durch sie wird auch indirekt die hochkapitalistische Demokratie der Ententestaaten den Todesstof bekommen. Nicht mehr der Profit, sondern der Mensch, geschaffen nach Gottes Ebenbild, wird in Zukunft im Mittelpunkte der Wirtschaft stehen. Nicht mehr Profit, sondern Verdienstdeckung wird Zweck der Wirtschaft sein. Beginnen werden wir müssen mit der restlosen Erfassung aller Kriegsgewinne, mit teilweiser Beschlagnahme großer Vermögen zur Deckung der Kriegskosten, mit Überführung privatmonopolistischer Produktionszweige in die öffentliche Hand, mit Kontrolle und Willkür der Banken, und des Geldwesens durch den Staat, mit weitgehendem Ertrag des privatkapitalistischen Handels durch den genossenschaftlichen Handel und dessen Unterordnung durch alle öffentlichen Gewalten, mit Bodenreform und Bodeneignung für Wohn- und Siedlungszwecke.

Freilich, einen Sozialismus starker, marxistischer Prägung wird das deutsche Volk nicht ertragen. Einem Solidarismus, wie wir ihn vertreten, wird die Zukunft gehören. Die Männer werden wie uns nach wie vor nicht aus der materialistischen Weltwelt der Sozialdemokratie, sondern aus der deutschen idealistischen und christlichen Ideenwelt hören.

Schauen wir vorwärts, brechen wir auch mit dem Glauben, als ob unsere bürgerlichen Parteien sich mit heiler Haut durch diesen Krieg hindurchreiten könnten. Die ökonomischen Umwälzungen werden die in den bürgerlichen Parteien vorhandenen kapitalistischen Elemente mit den nationalen und christlich-solidaristischen Elementen in denselben Parteigruppen aneinanderprallen lassen. Keinen Zweifel werden die christlichen Gewerkschaften dann darüber austrommen lassen, daß sie nur dort stehen werden, wo man sich in Ehrfurcht unter den Willen Gottes beugt, wo die Liebe zum Vaterlande und zu deutscher Eigenart eine Pflege findet, wo das Gemeinwohl oberste Gesetz allen Handelns ist und wo das deutsche Volk in kriegerischer Selbstbestimmung seine eigenen Geschicke meistert.

Den Glauben an ein neues Deutschland haben wir noch nicht verloren. Wir glauben an ein sozialisiertes neues Deutschland, in dem die soziale Gerechtigkeit wohnt, wo trotz aller Kriegsgüter die Kulturgüter, wenn auch zunächst in bescheidenem Ausmaße, gleichmäßiger verteilt sein werden. Einen Unterschied der Stände wird es nach wie vor geben. Aber die Riesenlust zwischen Mammonisten und Besieglosen wird nicht mehr sein. Für die Arbeiter wird dann die Zeit kommen, wo für sie jede Einigungseröffnung einen Kulturschritt bedeutet. Auf dem Boden einer sozialistischen Wirtschaft werden sich lichtige Persönlichkeiten ebenso erfolgreich auswirken können, als heute in der ziellosen privatkapitalistischen Wirtschaft. Autobahn für den technischen Fortschritt werden auch ohne ungewöhnlichen, persönlichen Profitanzug vorhanden sein. Kunst und Wissenschaft werden sich frei und unabhängig von der mammonistischen Nebenkultur des Hegi-

zeit entfalten können. Gehenso die religiösen Faktoren, sofern sie sich nicht zum Vertreiber der dann verschossenen hochkapitalistischen Wirtschaftsperiode aufwenden. Die wirtschaftlichen Bewegungen aller politischen und idealen Ideen werden im wesentlichen befehligen sein. Das neue deutsche Volk braucht sozialverständlich sozialistische Lebensziele, dann sonst würde es anstatt dem mammonistischen Materialismus der Vergangenheit an einem sozialistischen Materialismus zugrunde gehen. In einer sozialistischen Wirtschaft wird sich jeder Deutsche als Staatsbürger fühlen. Die Zeit, in der wir jetzt leben müssen, wo ein Volk der Arbeiterschaft dem Staate feindlich gegenübersteht, die höchsten Mittelschichten staatsbürgertlich so dumum wie lang sind und im Staate nur das Ding sehen, daß sie seit macht und die Führer des Wirtschaftslebens nur im Staat das Werkzeug ihrer hochkapitalistischen Expansionsspäne erblicken, wird uns dann, so hoffen wir, wie ein böser Traum erscheinen.

Denkt daran! Darnach ist nicht beabsichtigt, die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter plötzlich zu entlassen, sondern sie noch einige Zeit weiter zu beschäftigen oder auf Wartegeld zu stellen. Ausscheidende Frauen und Mädchen sollen nötigenfalls untersucht und die Familienversicherung in dieser Richtung ausgebaut werden. Die Einführung einer allgemeinen Erwerbslosenunterstützung wird im neu gebildeten Reichs-Arbeitsamt beraten und der gesetzgeberischen Lösung entgegengesetzt. Außerdem sollen dringliche Arbeiter unter Auswendung von Milliarden von Mark in Aufruf gegeben werden, sowohl vom Reich, wie von den Einzelstaaten und den Gemeinden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die von der Großindustrie im allgemeinen bereits zugestanden ist, wird die Aufnahmefähigkeit der frei werdenden und zurückkehrenden Arbeiterschaften in diesen Betrieben steigern. Durch Heimhaftung der Gefangenen sowie der freien Arbeit werden mehr als eine Million Arbeitsstellen frei.

In der Landwirtschaft kann mindestens dieselbe Zahl untergebracht werden. Bei der Besprechung darüber wurde die Frage aufgeworfen, ob gegebenenfalls zwangsweise Ausführung von Arbeitskräften zur Sicherung unserer Brotversorgung und Ernährung gewisse Zwangsmittel angewendet werden sollten und diese Frage besteht, auch von dem unabhängigen Sozialdemokraten Abg. Brandes (Halberstadt). Abg. Abg. Becker (Arnsberg) führte dazu aus, daß sich durch ein geordnetes Arbeitsnachweiswesen und entsprechende Bestimmungen bei der Erwerbslosenunterstützung die Sache regeln lässe, ohne daß eine Beschränkung der Freizügigkeit einzutreten braucht. Damit aber die Landarbeiter nicht schullos sind, müssen Einrichtungen geschaffen werden, wie sie das Hilfsdienstgesetz vorgesehen und angeordnet hat.

Die Zurückführung, Entlassung und Unterbringung der im Felde stehenden Soldaten und Militärdienst leistenden Arbeiter und Angestellten sollen in der Hauptstädte nach dem alten, früher schon veröffentlichten Mobilisierungsplan erfolgen. In erster Linie werden wohl diejenigen Gruppen zurückgeführt, die zum Wiederaufbau des Staats- und Wirtschaftsleben sofort notwendig sind, wie Betriebsunternehmer, Werkmeister, Land-, Berg- und Transportarbeiter und Beamte aller Art. Sobald die Zurückführung möglich ist, wird den Landwirten, Gewerbetreibenden und Unternehmern die Möglichkeit gegeben werden, die namentliche Anforderung von Arbeitskräften zu bewirken, sodass diese auf einem möglichst kurzen Wege in die Heimat und an ihre alte Arbeitsstätte gebracht werden können.

Eine Hauptfrage bildet die Rohstoffbeschaffung für eine Reihe von Industrien. Es besteht Grund zu der Annahme, daß, wenn die Militärverwaltung ihre Vorratsslager öffnet und die Vorräte herausgibt, Gewerbe und Industrie für längere Zeit hinaus versorgt und beschäftigt werden können. Die Klein- und Mittelbetriebe sollen bei der Rohstoffzuteilung in gleichermaßen Weise berücksichtigt und nicht einzelne Großbetriebe bevorzugt werden. Bei den Beratungen im Reichstagsausschuss wurde auch die Kleider- und Wohnungsfrage berührt und die Regierung angesprochen, die nötigen Maßnahmen zu deren Lösung ins Auge zu fassen.

G. P.

Von der Kriegs- zur Friedensarbeit.

Bei der Beendigung des Krieges werden Millionen von Arbeitskräften für die friedliche Wirtschaftsarbeit frei. Da aber während des Krieges ein Teil der Wirtschaft völlig stillgelegt, der andere Teil zwecks Beschaffung von Kriegsbedarf umgestellt wurde, kann der Übergang zur Friedenswirtschaft nicht so ohne weiteres vollzogen werden. Im Reichstag ist deshalb im Zusammenwirken mit allen berufenen amtlichen Stellen längst ein Plan hergestellt worden, nach welchem die Umstellung der Betriebe, der Austausch der Arbeitskräfte, die Zurückführung und Platzierung der im Heere dienenden Arbeiter durchgeführt werden sollte. Dafür war ein längerer Zeitraum, sowie die Mitwirkung der Heeres- und Marineverwaltung vorgesehen. Nachdem nun ein Waffenstillstandsgesetz vorliegt und die Truppenzurückziehung möglichsterweise sehr bald und rasch erfolgen muß, so kann der als Übergangszeit vorgesehene Plan nicht in allen Teilen aufrecht erhalten werden. Im Reichswirtschaftsamt wird nun neuerdings beraten, in welcher Weise bei einer raschen Demobilisierung verfahren, wie Arbeitslosigkeit und Härten vermieden werden sollen.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe am 20. Oktober 1918 wurde darüber verhandelt und durch Unterstaatssekretär Dr. Müller das Ergebnis der bisherigen Beratungen mit-

Verbandsnachrichten.
Bekanntmachung des Vorstandes.
Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Ersteinnahmestag dieser Nummer der 45. Wochendeintrag im Jahre 1918 für die Zeit vom 3. bis 9. November fällig ist.

Teilzahlungen an die Hauptklasse. § 81 der Verbandsregelungen bestimmt: „Monatlich haben die Ortsverwaltungen an die Hauptklasse Abschlagszahlungen zu leisten, wenn bei ihnen die Gelde der Hauptklasse 20 M. erreichen.“ — Von 20. Sept. bis 1. November d. J. eintreten von folgenden Bahnhöfen: Berlin; Altdorf, Augsburg, Kaufbeuren, Kempen, Roningen, Mindelheim, Nürtingen, München, Raudburg, Radau, Regensburg, Straubing; — Amberg, Bamberg, Cham, Eisenach, Erlendorf, Erlangen, Forchheim,

Zur i. W. Hirschfeld, Kelheim, Kronach, Lautz, Lichtenfels, Neuforg, Nürnberg, Regen, Säffnau, Geising, Traisbach, Tirschenreuth, Waldhurn, Windischeschenbach, Wörzburg, Geulenroda; — Durmersheim, Freiburg, Göppingen, Gravelbaum, Karlsruhe, Laß, Laupheim, Lauterbach, Mühlhausen i. T., Oberndorf, Oberisrot, Rastatt, Ravensburg, Reichshofen, Schramberg, Schwendi, Schwenningen, Steinbach, Straßburg, Stuttgart, Ulm, Ummendorf, Villingen, Wangen; — Wiesbaden, Coblenz, Frankenthal, Frankfurt, Höchstädt a. N., Homburg v. d. H., Kaiserslautern, Mainz, Offenbach a. M., Bamberg, Büdesheim, Soden-Salmünster, Dier, — Aachen, Bocholt, Bonn, Cleve, Köln, Dierschlag, Düllens, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Gemünd, Görlitz, Honnef, Idar-Oberstein, Remscheid, Rheindorf, Schwelm-Gevilsberg, Briesen; — Ahlen, Bochum, Borken, Boesel, Dortmund, Eissen, Friedenhorst, Gelsenkirchen, Gütingen, Hagen, Hamm, Haarzopf, Lippstadt, Lüdenscheid, Münster, Neheim, Soest, Telgte, Warendorf, Wiesbaden, Wiedenbrück, Witten; — Beverungen, Bremervörde, Celle, Detmold, Dinslage, Döttingen, Gütersloh, Hamburg, Hannover, Harburg, Helmstedt, Kiel, Minden, Papenburg, Quakenbrück; — Cöthen, Cuxhaven, Dresden, Landsberg a. R., Luckenwalde, Meissen, Mittau; — Elbing, Schneidemühl, Schönlanke; — Baunen, Breslau, Błogau, Görlitz, Königsberg, Reisse, Oberoderwitz, Posen, Priebus, Schweidnig, Striegau, Wehrsdorf, Ziegenhals, Zittau.

Berichte aus den Zirkeln.

Krefeld. Wie im letzten Winterhalbjahr, so hat auch für diesen Winter das Kartell der christlichen Gewerkschaften beschlossen, gemeinschaftliche Versammlungen abzuhalten und dazu auch die Frauen der Mitglieder einzuladen. Die Versammlungen der einzelnen Ortsgruppen sind vielfach nicht so besucht, daß auch das Notwendige geboten werden kann. Es besteht auch eine Kreisvergabung bedeutend, wenn zu diesen kleinen Versammlungen auswärtige Kollegen bestellt und die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften erledigt würden. Das Ortskartell hat es sich zur Aufgabe gestellt, in diesen gewerkschaftlichen Versammlungen etwas zu bieten und es darf daher auch erwartet werden, daß, wenn der Ruf an die Kollegen ergibt, die Versammlungen gut besucht werden. Wir haben es jetzt mehr denn je notwendig, daß wir orientiert sind, daß wir wissen, welche Aufgaben am dringendsten sind und wie sie am besten durchgeführt werden. Am Sonntag, den 27. Oktober hat die erste Versammlung für das Winterhalbjahr stattgefunden, die den Umständen nach hätte besser besucht sein können. Es gibt hier auch keine Entschuldigung, da in demselben Maße der Schatzkamm außerordentlich gut besucht war und zwar von christlich organisierten Arbeitern. Man sollte bald merken, der Ernst des Zeits wünsche von vielen nicht verstanden. Darum abgeschmämt die Gleichgültigkeit, aus dann, wenn es gilt, einmal einige Stunden für die wichtigsten Interessen zu opfern. Bildet doch die gewerkschaftliche Vertretung die Grundlage, auf der wir auch in der Zukunft stehen müssen und der wir nicht entkommen können. Ohne die kluge Mitarbeit aber, werden über die Aufgaben die uns bevorstehen nicht, oder doch nicht in der beständigen Weise erfüllt werden können. Darum auf an die Arbeit! Es ist höchste Zeit.

Dortmund. Das hiesige Kartell veranstaltet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Reinoldushof, gemeinsam mit den konfessionellen Jugendvereinen eine Versammlung der werktätigen Jugend. Herr Redakteur Nöhren von der "Wacht" in Düsseldorf wird das Thema behandeln: "Die Zukunft der Jugend". Kollege Kaiser, vom Jugendsekretariat der christl. Gewerkschaften in Köln, "Die Jugend, die Trabekraft in der Gewerkschaftsbewegung". — Jeder, der es ehrlich meint mit seiner Standesbewegung, muß zu der Überzeugung kommen, daß es heute notwendiger ist denn je, unsere Jugend frühzeitig mit gefundenen Gedanken in die Arbeitserziehung hineinzuführen. Wir erwarten, daß nicht nur unsere jugendlichen Mitglieder zu dieser Versammlung selbst erscheinen, sondern auch ihre Freunde, ihre jugendlichen Mitarbeiter von den Arbeitsstätten hierzu mitbringen. Auch unsere älteren Kollegen mögen erscheinen, damit sie sich mit der Frage der Jugendbewegung mehr wie bisher vertraut machen.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften zur neuen Lage.

Eine fast schaute Auskündigung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 20. und 21. Oktober in Duisburg befaßt sich eingehend mit der durch die Ereignisse der letzten Wochen geschaffenen neuen Lage. Neben dem Bedauern und Schmerz über die schweren Schicksalsfälle, von denen unser Volk jetzt heimgesucht wird, um die traurige Tatschlossenheit und der sekte Wille zum Ausdruck, beim Niedermachen zweckes nationalen und wirtschaftlichen Lebens mit allen Kräften einzutreten. Das deutsche Volk habe die Kraft und müsse damit den eisernen Willen verbünden, sich wieder emporzuwerken. Wir dürfen unter keinen Umständen den Glauben an unsern Sache verlieren; zur Unlösigkeit oder gar zur Zwecklosigkeit sei keine Ursache vorhanden. Die weitgesichtlicher, ohne Beispiel stehenden Leistungen, die das deutsche Volk in vier schweren Kriegsjahren vollbracht habe, sicherten ihm einen ehrenvollen Platz unter den Völkern der Erde, sowie den berichtigten Anspruch auf Daseins- und Lebensmöglichkeit. Mit solcher Einträchtigkeit wurde das Gefühl um monardischen Gedanken von allen Rebellen betont.

Die Treue zum angekündigten Herrscherherrschaft und die Erwartungen auf ein soziales Volksfürstentum fanden unter dem Beifall aller Anwesenden positive Zustimmung. Eine erstaunliche Abwendung des Kaisers würde der deutschen Nation zum Verhängnis werden, weil daß der erste Schritt zur Spaltung des deutschen Reiches und zum totalitären Chaos führen würde. Die Sitzungnahme der christlich organisierten Arbeiterschaft wurde in folgendem Telegramm an den Kaiser niedergelegt:

In des Kaisers Majestät, Berlin!

Die christlich-nationale Arbeiterschaft, getragen von dem ernsten Bestreben, auf der Grundlage und der starken Sehnsucht eines lebensstarken Christentums, eines ausgeprägten Nationalbewußtseins und einer geläuterten Demokratie Deutschlands Zukunft unter starker Absage an alle bolschewistischen Bestrebungen in ruhiger, planvoller Arbeit aufzubauen, erblickt unter den neuen Verhältnissen in einem echten Volksfürstentum ein wertvolles Unterfangen für die Verwirklichung ihrer Erwartungen. Unabhängig von Kunst und Ungunst der Verhältnisse, in Glück und Unglück standen wir und stehen wir in Treue zu Eu. Majestät. Seit den Tagen, wo das heilige Römische Reich deutscher Nation zerfallen ist, ging die heilige Sehnsucht durch das deutsche Volk, unter einem deutschen Kaiser wieder geeintigt zu werden. Unter ungünstigen Mühen ist die Einigung gelungen. Sie hat dem deutschen Volke neue Lebenskräfte gebracht. Mit der vordäufig gewordenen deutschen Sozialpolitik hat sich das deutsche Kaiserreich ein unvergängliches Denkmal im Herzen der deutschen Arbeiterschaft gesetzt. Wir leben in der Überzeugung, daß das deutsche Volk auch unter den veränderten Verhältnissen sich erneut zu einer achtunggebietenden Stellung emporarbeiten wird. Auf dieses hohe Ziel soll die Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft immerdar eingestellt sein. Reichstagsabgeordneter Behrens, Vorsitzender.

Die Entwicklung unseres deutschen Staatslebens zum demokratischen Volksstaat wurde als auf der Seite unserer Bestrebungen liegend, als staatliche Notwendigkeit anerkannt und im Interesse unserer Zukunftsentwicklung begrüßt. Die jetzige Regierung müßte von allen Schichten des Volkes, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, nach Kräften in ihren Friedensbestrebungen unterstützt werden. Jede Ministerarbeit, sowohl von rechts wie von links, sei in dieser ersten Stunde dem Wohle der Gesamtheit nachträglich und mitsame aufs schärfste zugeschrieben werden. Nach dem völligen Zusammenbruch unserer Verbündeten sei Deutschland auf sich ganz allein gestellt. Innere Geschlossenheit sei jetzt die erste Voraussetzung, um einen ertraglichen Frieden zu bekommen. Wir müßten uns damit abfinden, daß dieser Frieden uns schmerzhafte Opfer aufzuerlegen würde. Ein verschwacktes Unterwerfungsfrieden, der uns entzieht und die Lebensmöglichkeiten der Zukunft unterbinden werde, müßte das deutsche Volk jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnen. In diesem Falle würde ein Kampf bis zum bitteren Ende unvermeidlich sein. Dann aber wären grundlegende Reformen in unserem militärischen wie wirtschaftlichen System unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung einer unverzerrbaren Einheitsfront. Zu fordern wäre dann für die Arme:

1. die Einheitsversorgung von Offizieren und Mannschaften, die nur durch Abschaffung der Offizierslizenzen zu erreichen ist;

2. radikales Verbot der Pariserie von Lebensmitteln, die auf Kosten der Mannschaftsversorgung aus der Armee nach Hause geschickt werden;

3. Reformen des Besoldungswesens, insbesondere Abschaffung der Voraussetzung des Einjährigenzeugnisses für die Offiziersausbildung;

4. allseitige anständige Behandlung der Soldaten;

5. Reform der Entlohnung von Mannschaften und Offizieren.

Für die innere Front in der Heimat standen folgende dringliche Forderungen im Vordergrund:

1. radikale Maßnahmen der schärfsten Art gegen jeglichen Hunger;

2. vollständige Erfassung aller Kriegsgewinne auch der kleinen, zugunsten der Allgemeinheit. — Auf Bereicherung während der Kriegszeit habe niemand einen Anspruch. Unsere Soldaten, die vier Jahre gekämpft und Blut und Leben für die Volksgemeinschaft eingesetzt, hätten mehr geleistet wie irgend jemand in der Heimat, und hätten dabei keine Gelegenheit zum Geldverdienen gehabt;

3. schärfster Kampf gegen das argenreiche Drogier- und Schlemmerleben wohlhabender Schichten;

4. verstärkte soziale Fürsorge für die Armen. Vor allem Erleichterung in der Beschaffung von Kleidung, Schuhzeug, Bäder usw.;

5. eniges Zusammenarbeiten zwischen Behörden und Vertretern der großen Volksorganisationen; nicht nur bei den Zentralstellen in Berlin, sondern auch im Lande;

6. wichtige Regelung der Arbeitslosenfürsorge, da nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bzw. Kriegsende mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Diese Forderungen, die einstellig von der Ausschüttung der christlichen Gewerkschaften erhoben wurden, sollen durch die Vertreter der Organisationen bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck vertreten werden. — Die Tagung war von der Überzeugung durchdrungen, daß in den weitgesichtlichen Umwälzungen der Gegenwart und bei dem zukünftigen Niederausbau unseres deutschen Volkslebens die christlich-nationale Arbeiterschaft eine weitgesichtliche Mission zu erfüllen habe.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Ortskärtelle wurde auf der Ausschüttung des Gesamtverbandes in Duisburg durch eine Ergänzung der Normalisierungen und durch folgende Enthaltung erneut gewürdig:

1. Im Hinblick darauf, daß noch viele Ortsgruppen der dem Gesamtverband angehörenden Verbände den Ortskärtellen nicht angehören, wird der Beschluß des c. christl. Gewerkschaftskongresses von Breslau in Erinnerung gebracht, worin es heißt:

"Alle Ortsgruppen der Verbände, welche dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften angehören sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskärtellen anzugehören, falls letztere sich in den von den Kongressen der christl. Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen. Die Beiträge zu den Kärtellen sind als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen und im Einvernehmen mit dem Vorstande des Gesamtverbandes zulässig."

2. Infolge der Entwertung des Geldes und der unvermeidlichen Steigerung der Ausgaben (Verleiterung der Druckhäuser und Poststellen) ist eine Erhöhung der Kärtelle zu erfordern. Die Festsetzung ist den Kärtellen zu überlassen, soll aber im Einvernehmen mit dem Gesamtverband erfolgen.

3. Mit Rücksicht auf eine erfolgreiche Durchführung wichtiger Aufgaben, j. B. der sozialen Wahlen, der Beeinflussung der Regierungsbehörden usw., ist die Zusammenfassung der örtlichen Bewegung zu Bezirkskärtellen in vielen Bezirken dringend notwendig. Der Sitzungsbereich solcher Bezirkskärtelle ist jedoch weniger auf abgeschlossene Industriebezirke, wie auf die politischen Grenzen anzupassen. (Kärtelle dürfen am zweckdienlichsten sein.)

4. Die Anholung von Kärtellsatzkärtchen soll nur dort erfolgen, wo die finanziellen Grundlagen vorhanden sind. Auf Auschüsse des Gesamtverbandes kann vorläufig nicht gerechnet werden.

5. Eine erfolgreiche Tätigkeit des Ortskärtels ist nur denkbar, wenn sie von den Centralverbänden willkürlich unterstellt werden. In erster Linie muß den Verbandsangehörigen und von oben Wollung gegeben werden, im Rahmen der Kärtelle aufzutreten.

6. Zur Bewältigung der vielseitigen Zukunftsaufgaben ist eine Arbeitsteilung in den Ortskärtellen dringend notwendig. Bisher hat die Kärtel vielfach daran gekämpft, daß sie auf wenige Schultern geladen waren. Sohnlich wie in den städtischen und gewerblichen Verwaltung müssen auch in den Kärtellen verschiedene Arbeitsgebiete abgesondert werden, die von einem dazu geeigneten Kollegen (einer Kollegin bzw. einer Kommission) zu bearbeiten sind. Selbstsatzweise können Wohnungfrage, Versorgungswesen, Bildungsbestrebungen, soziale Wahlen, Jugendarbeit, Arbeitslosenfürsorge mit Arbeitsnachweis usw. als besondere Arbeitsgebiete in Betracht kommen. Die endgültige Regelung dieser wichtigen Frage wird sich den örtlichen Bedürfnissen anzupassen haben.

Soziale Rundschau.

Ein bemerkenswerter Vorgang. Als es sich bei der Umgestaltung des Kriegernährungswamtes (Abgang Batoch usw.) darum handelte, ob unser Kollege, Generalsekretär Stegerwald, aus dem Kriegernährungswamt als Vorstandsmitglied ausscheiden sollte, schrieb das Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften:

"Erwünscht wäre es auch vom Standpunkte der Betreuung der Arbeiterinteressen, daß Herr A. Stegerwald dem Amt erhalten bleibt, da seine gründliche Kenntnis der Arbeiterverhältnisse, seine unermüdliche Arbeitskraft und seine Fertigkeit als Arbeitersvertreter ihn fast unersetzlich gemacht haben."

Im Kriegernährungswamt sah bekanntlich bis vor kurzem auch der Sozialdemokrat Dr. August Müller, der jetzt zum Reichswirtschaftsamt übergegangen ist. Die sozialdemokratische Partei hat diesem Wechsel zugestimmt und den Wunsch der Generalkommission, dem Reichsabgeordneten Robert Schmidt als Unterstaatssekretär für das Reichswirtschaftsamt vorschlagen, abgelehnt. Dagegen lag das Korrespondenzblatt der Generalkommission Verwahrung ein, indem es schreibt:

"Diese Haltung der Parteinstanzen ist im höchsten Grade befremdend. Im Reichswirtschaftsamt stehen Fragen zur Entscheidung, die den Ausgabenkreis der Gewerkschaften in besonderem Maße berühren. Ohne den Einschluß der Kärtel zu nahe zu treten, dürfen die Gewerkschaften auf Grund der Mannheimer Abmachungen fordern, daß auf die von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen gebührend Rücksicht genommen wird. Das ist mit der Wahl des Herrn Dr. Müller nicht geschehen, der in seiner bisherigen Tätigkeit sich als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen und vielfach im Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt hat."

Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung schlägt also einen eigenen Gewerkschaftsvertreter in der Reichsverwaltung mit einem kräftigen Rücken von sich ab, während es dem Vertreter der christlichen Organisation rücksichtlose Amerksammlung zollt. Für manche Kreise ist daraus die Lehrzeile Schlussfolgerung zu ziehen, daß die sozialdemokratische Abstimmung durchaus nicht genügt, um die Arbeiterinteressen mit Erfolg zu vertreten. Es kommt tatsächlich nicht auf die Farbe an, sondern auf den ehrlichen festen Willen, auf die Erfährtung und nötige Schaffensfreudigkeit. Die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung haben, wie der vorstehende Fall in Natur zeigt, den Beweis erbracht, daß sie auf dem Gebiet praktischer Arbeit den Vergleich mit der sozialdemokratischen Richtung jederzeit bestehen können.

Das sozialdemokratische Gewerkschaftsverwaltung schlägt also einen eigenen Gewerkschaftsvertreter in der Reichsverwaltung mit einem kräftigen Rücken von sich ab, während es dem Vertreter der christlichen Organisation rücksichtlose Amerksammlung zollt. Für manche Kreise ist daraus die Lehrzeile Schlussfolgerung zu ziehen, daß die sozialdemokratische Abstimmung durchaus nicht genügt, um die Arbeiterinteressen mit Erfolg zu vertreten. Es kommt tatsächlich nicht auf die Farbe an, sondern auf den ehrlichen festen Willen, auf die Erfährtung und nötige Schaffensfreudigkeit. Die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung haben, wie der vorstehende Fall in Natur zeigt, den Beweis erbracht, daß sie auf dem Gebiet praktischer Arbeit den Vergleich mit der sozialdemokratischen Richtung jederzeit bestehen können.

hat die Pflicht, sich sofort nach der Entlassung beim Verband anzumelden und bei der Wiederaufnahme der Arbeit mit der Beitragsleistung zu beginnen. Der Verband kennt in den Tagen des Unterstützungsanspruchs nur die Mitglieder, die sich Rechte auf ordnungsmäßiger Beitragsleistung erworben.

Sehr beergentoffene Solzarbeiter